„Haltung der Grünen kompromisslos“

Gemeinsame Erklärung der CDU- und SPD-Fraktion zu Vorgängen rund um Ratsvorsitz

Achim – „Die Grünen haben die Einigung über den Achimer Ratsvorsitz durch ihre kompromisslose Haltung selbst scheitern lassen. Statt gemeinsam mit CDU und SPD nach einer mehrheitsfähigen Lösung zu suchen, machten sie ihre weitere Mitwirkung davon abhängig, dass ihre Kandidatin Saskia Zwilling unterstützt wird. Dabei war längst erkennbar, dass sich für diesen Vorschlag keine Mehrheit abzeichnete.“

Mit diesem Statement leiten die CDU- und SPD-Fraktion im Achimer Rat eine gemeinsame Erklärung zu den Vorgängen in der konstituierenden Sitzung des politischen Organs der Stadt am 5. November ein. Insbesondere, dass die Christ- und Sozialdemokraten die 27-jährige Grüne Zwilling nicht als Ratsvorsitzende haben wollten, jedoch in dieser Personalfrage und bei der Vergabe der weiteren Posten gemeinsam mit der AfD stimmten, löste in der Öffentlichkeit erheblichen Wirbel aus.

CDU und SPD seien bereit gewesen, die bisherige Ratsvorsitzende von den Grünen, Ute Barth-Hajen, erneut in dieses Amt zu wählen. Aber das und auch die vorgeschlagene Alternative, Zwilling zur stellvertretenden Bürgermeisterin zu machen, hätten die Grünen abgelehnt. „Wer sämtliche Kompromissangebote ausschlägt,



> **„ Eine politische Zusammenarbeit mit der AfD ist und bleibt ausgeschlossen.**
>
> CDU- und SPD-Fraktion

dien wurden von einzelnen Vertretern der Grünen wiederholt schwere Vorwürfe gegen CDU und SPD erhoben und nach unserer Auffassung teilweise auch unzutreffende Behauptungen verbreitet“, sagen Gottschewsky und Geisler. Ein zuvor gemeinsam abgestimmtes organisatorisches Verfahren werde im Nachhinein öffentlich skandalisiert. „Gleichzeitig erleben wir, dass persönliche Gespräche und selbst der unmittelbare Kontakt teilweise verweigert werden.“

Die beiden Fraktionen zeigen sich bestürzt. „Ein solcher Umgang miteinander entspricht nicht unserem Verständnis von einer fairen und respektvollen demokratischen Streitkultur.“ Gerade von politischen Kräften, die sich gegen Hass und Hetze bekennen, „hätten wir uns eine andere Form der Auseinandersetzung gewünscht.“ Natürlich betreffe dieses Verhalten nur einzelne Personen und spiegele nicht die Haltung der gesamten Partei wider.

„Die Fraktionen von CDU und SPD hätten eine gemeinsame Lösung mit den Grünen

kann die Verantwortung für das Scheitern anschließend nicht bei anderen suchen", heißt es in der von der CDU-Fraktionsvorsitzenden Isabel Gottschewsky und ihrer SPD-Kollegin Petra Geisler unterzeichneten Pressemitteilung.

Schuldig bleiben sie darin eine Antwort auf die Frage, warum Barth-Hajen, aber nicht deren Parteifreundin Zwilling Ratsvorsitzende werden sollte. Dabei hatte Letztere von allen Kandidatinnen und Kandidaten bei der Wahl die meisten Stimmen geholt.

Der Erklärung zufolge hatte die Stadtverwaltung bereits im Vorfeld der ersten Ratssitzung angeregt, alle Fraktionen, also auch die AfD, in die organisatorische Vorbereitung einzubeziehen. Die Grünen hätten diesem Verfahren zugestimmt und dann auch die von ihnen gewollten Vorsitze von Fach- und Ortsausschüssen erhalten.



Sahen sich nach der turbulenten ersten Sitzung des neugewählten Stadtrats zu einer gemeinsamen Presseerklärung veranlasst: Petra Geisler (links), Vorsitzende der SPD-Fraktion, und Isabel Gottschewsky, Chefin der CDU-Fraktion. MIX

Der zum Ratsvorsitzenden gewählte Herfried Meyer (SPD) sei ein gemeinsamer Kandidat von CDU und SPD gewesen. Dass bei seiner Vorstellung in der Sitzung „auch die AfD genannt wurde, hat Fragen aufgeworfen", räumen die beiden Fraktionen ein. Entscheidend sei jedoch: „Mit der AfD gab es weder Verhandlungen über den Ratsvorsitz noch Absprachen zum Abstimmungsverhalten", betonen Geisler und Gottschewsky.

Nach ihren Angaben war die nach CDU, SPD und Grünen viertstärkste Kraft im Stadtrat lediglich Teil einer „organisatorischen Gesprächsrunde". Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der demokratischen Parteien auf Bundes- und Landesebene im Hinblick auf eine inhaltliche Kooperation mit zum Teil Rechtsextremen gelte „selbstverständlich auch in Achim uneingeschränkt". Die Ratsfraktionen von CDU und SPD seien sich einig: „Eine politische Zusammenarbeit mit der AfD ist und bleibt ausgeschlossen."

Der Umgang mit den Ereignissen seit der Sitzung habe bedauerliche Ausmaße angenommen. „In den sozialen Medien wurde Hass und Hetze ausdrücklich begrüßt", heißt es in der Presseerklärung weiter. „Diese Chance wurde leider vertan." Ungeachtet der entstandenen Differenzen seien CDU und SPD jedoch weiterhin bereit, mit der Grünen-Fraktion „konstruktiv zusammenzuarbeiten, um tragfähige Mehrheiten für unsere Stadt zu finden".

Isabel Gottschewsky und Petra Geisler stellen abschließend namens ihrer Ratsriegen nicht ohne Seitenhieb fest: „Unser Auftrag ist es, Politik für die Menschen in Achim zu gestalten – und nicht, uns in parteipolitischen Personalstreitigkeiten zu verlieren, weil demokratisch zustande gekommene Mehrheiten nicht akzeptiert werden." mm